

bewegung

Zwangsräumungen in Barcelona **20**
 Zur Debatte um »Neue Klassenpolitik« **26**
 Die lange Tradition der Riots **29**

Von Michel Jungwirth
 und Carolin Wiedemann

In Berlin wurde es eine Woche vor der Bundestagswahl noch einmal unübersehbar: Trotz unzähliger Asylrechtsverschärfungen, trotz des wachsenden Erfolgs der AfD und der allgegenwärtigen Problematisierung von Migration fordert die Geflüchtetenbewegung immer noch lautstark ihre Rechte ein. An die 8.000 Menschen, mehr als die Hälfte selbst Geflüchtete aus allen Teilen Deutschlands, kamen zusammen und setzten mit einem Karneval ein Zeichen. »We'll come United«, lautete das Motto, und: »Welcome United«. Hier zeigte sich auch, dass der Kreis der Aktivist_innen, die den Kampf der Geflüchteten unterstützen, seit dem ersten großen Refugee-Protestmarsch 2012 gewachsen ist. Ein Teil derjenigen, die vor zwei Jahren vielleicht tatsächlich eine Art »Willkommenskultur« etablieren wollten, gibt nicht mehr nur Deutschkurse und verteilt Kleidung. Stattdessen will dieser Teil der »Unterstützerszene« gemeinsam mit denen, die von der Entrechtung als Geflüchtete betroffen sind, eine Perspektive erarbeiten für deren weitere Teilhabe an Ort und Stelle, in den Städten, in denen sie leben.

Diese Initiativen, die an der Demo teilnahmen, laufen unter verschiedenen Labels: »Solidarity City« in Berlin und Frankfurt oder »Stadt der Zuflucht« in Münster und Augsburg. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich an den Ideen der Sanctuary Cities orientieren, die in den USA und Kanada schon länger umgesetzt werden. (Siehe ak 625) Dabei geht es um die Idee einer Stadt, in der sich alle frei und ohne Angst vor Abschiebung bewegen können, in der alle Bewohner_innen gleichermaßen am öffentlichen Leben und an den Institutionen teilhaben – egal, welchen Aufenthaltsstatus sie haben.

Recht auf Stadt unabhängig vom Aufenthaltsstatus

In den Initiativen, die sich in den verschiedenen deutschen Städten entwickelt haben, schließen sich Selbstorganisationen von Geflüchteten, antirassistische Gruppen und »Recht-auf-Stadt-Bewegungen« zusammen, die gegen Gentrifizierung und die Verdrängung aus den Innenstädten kämpfen. Spätestens seit 2015 stellt sich auch ihnen zunehmend die Frage nach dem Umgang mit Geflüchteten und Migrant_innen.

Tatsächlich wird diese Frage immer dringlicher, denn die jüngsten Asylrechtsverschärfungen bewirken, dass immer weniger Asylsuchende einen positiven Bescheid und Bleiberecht erhalten. Somit wächst die Zahl derer, die auf Duldung mit eingeschränkten Rechten in den Städten leben. Und auch die Zahl derer, die gar keine Papiere haben, die das Bundesamt für Migration und Flucht abschieben will, die aber nicht gehen (können), weil ihre Heimatländer nicht sicherer wurden, nur weil die Bundesregierung sie zu sicheren Drittstaaten erklärt hat. Diese Menschen sind nicht nur ausgeschlossen, weil sie sich die Wohnung und den Theaterbesuch nicht leisten können, sondern weil sie gar kein Recht haben, eine Wohnung zu mieten, weil sie nicht arbeiten, auch kein Konto eröffnen und nur in Ausnahmen einen Arzt besuchen dürfen.

Die neuen Solidarity-City-Bündnisse fechten diese Entrechtungen an und bauen damit mitunter auf der Arbeit ihrer Mitgliedsgruppen auf. Medibüros etwa kämpfen schon seit Jahren in mehreren deutschen Städten dafür, dass

Recht auf Stadt für Refugees



Deutschland Bundesweit versuchen Solidarity-City-Initiativen die Politik der Städte der Realität der Migration anzupassen



Jason Krüger hat die Welcome-United-Parade fotografiert, die am 16. September quer durch Berlin zog und definitiv zu den besten Momenten in diesem Gruselwahlkampf gehörte.

Geflüchtete umfassenden Zugang zur Gesundheitsversorgung haben – wie es eigentlich formal vorgesehen ist. Bislang ist es aber meist so, dass die Kosten einer Behandlung nur in akuten Fällen übernommen werden und dass die Sozialämter, bei denen man einen Krankenschein beantragen muss, auch verpflichtet sind, Daten an Ausländerbehörden weiterzuleiten. Gerade für Menschen, die unmittelbar von Abschiebung bedroht sind, kommt der Gang zum Amt deshalb nicht in Frage.

Anonymer Krankenschein ...

In Berlin hat das Ende 2015 gegründete Bündnis Solidarity City Berlin nun einen ersten Erfolg erzielt: Wie bereits in Hannover und Göttingen soll auch in Berlin ab nächstem Jahr der anonyme Krankenschein eingeführt werden. Auch in der Berliner Koalitionsvereinbarung für die nächsten Jahre wird der Anspruch formuliert, »dass die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherungsnachweis sichergestellt ist.« Geplant sind die Schaffung einer Clearingstelle sowie die Einführung eines durch einen Notfallfonds finanzierten anonymen Krankenscheins. Über den finanziellen Umfang des Fonds wird derzeit in den Budget-Planungen verhandelt. Klar ist aber, dass die im Raum stehende Summe – die Rede ist von 700.000 Euro pro Jahr – nicht ausreichen wird, um allen Berliner_innen ohne gültigen Aufenthaltsstatus Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Das Bündnis

Solidarity City Berlin gibt sich also noch nicht zufrieden und verweist außerdem auf die weiteren Hürden für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, wie den strukturellen Rassismus in Krankenhäusern, der sich auf die Behandlungsqualität für Geflüchtete auswirkt (wenn sie statt einer gründlichen Diagnose lediglich Schmerzmittel verschrieben bekommen) oder sprachliche Hürden.

Und auch in Hamburg ist man sich sicher, dass die Kämpfe der Initiative zur »Solidarity City« fruchten werden. Das Netzwerk Recht auf Stadt hat eine »Hamburg Urban Citizenship Card« entworfen – einen »Bewohnerpass« für alle, die in Hamburg leben. Diese Karte hat zwar aktuell noch keinen politischen Effekt. Doch sie steht für das Bemühen der Initiative darum, dass alle Menschen, die in der Stadt leben, gleichermaßen als »Stadtbürger_innen« anerkannt werden, unabhängig von ihren jeweiligen Staatsbürgerschaften.

In einigen US-Metropolen, die sich zur »Sanctuary City« erklärt haben, ist die »Urban Citizenship Card« bereits im Alltag der Menschen angekommen: So können Karteninhaber_innen in New York ein Bankkonto eröffnen, sie dürfen bei Ausweiskontrollen durch die Polizei nicht in Gewahrsam genommen werden, erhalten günstigere Medikamente und Zugang zu Bibliotheken und Museen oder können an Bildungsprogrammen teilnehmen.

... und Urban Citizenship Card

In Deutschland ist die Umsetzung zwar schwieriger, weil etwa die Polizei zentral vom Bund organisiert wird. Doch auch das Selbstbestimmungsrecht von Kommunen ist im deutschen Grundgesetz verankert. Hele-He Heuser, Juristin von der Refugee Law Clinic in Hamburg, die Studierende dazu ausbildet, Geflüchteten eine kostenfreie Rechtsberatung anzubieten, betont die Spielräume der kommunalen Ausländerbehörden bei der Vergabe der Aufenthaltstitel. Wenn eine Stadt sich solidarischer positionieren wolle, könnten etwa Aufenthaltsrechtsberater_innen, die zuständige Ausländerbehörde sowie Gerichte und Stadtpolitiker_innen kooperieren. Außerdem können die Bundesländer und die Stadtstaaten Abschiebestopp verhängen, um dem Druck von der Bundesebene zumindest vorübergehend zu trotzen. »Kommunen können zudem in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt bzw. den Auslandsvertretungen direkt Visa zur Einreise erteilen«, sagt Heuser. Das heißt, dass schon jetzt die Möglichkeit besteht, legale Zufluchtswege direkt in die Städte zu schaffen. »Bislang waren die kommunalen Ausländerbehörden hierbei allerdings sehr restriktiv. Wenn die städtischen Akteure in Zukunft besser zusammenarbeiten, lässt sich gemeinsam eine liberalere lokale Migrationspolitik entwickeln.«

Genau darauf zielen die »Solidarity City«-Bewegungen ab. Auf Städte, die Migration als Teil ihrer Identität anerkennen und die Gesetzeslage diesem Anspruch anpassen. Es geht daher darum, sowohl Zufluchtswege in die Städte zu schaffen, wie auch Zugänge zur Teilhabe am städtischen Leben. Symbolisch und rechtlich.

Wie in Hamburg, wo das Recht-auf-Stadt-Netzwerk durch die Verbreitung der »Urban Citizenship Card« vor allem eine Debatte anstoßen will, die dann vielleicht zur Einführung einer echten Karte führt: Ein Konzept, das die Papiere der Realität und nicht die Realität den Papieren anpasst, wie das Netzwerk auf der Internetseite zur »Urban Citizenship Hamburg« schreibt. ●

Wie in Hamburg, wo das Recht-auf-Stadt-Netzwerk durch die Verbreitung der »Urban Citizenship Card« vor allem eine Debatte anstoßen will, die dann vielleicht zur Einführung einer echten Karte führt: Ein Konzept, das die Papiere der Realität und nicht die Realität den Papieren anpasst, wie das Netzwerk auf der Internetseite zur »Urban Citizenship Hamburg« schreibt. ●

Michel Jungwirth hat Politikwissenschaften studiert und engagiert sich bei Solidarity City Berlin. Carolin Wiedemann schrieb in ak mehrfach über Verschärfungen in der Asylpolitik.

FOTOS: IKVIDI / JASON KRÜGER